

*Magharib (marokkanische Zeitung), 11.02.2010*

## **Spanien zeigt illegalen Einwanderern erneut die Zähne**

*Marokkanische Nachrichtenagentur, von Jalila Aajaja*

Spanien hat sich zu einer neuen Kampagne gegen Einwanderer ohne legalen Status entschlossen und will dabei von allen möglichen Mitteln Gebrauch machen. Das jüngste dieser Instrumentarien ist das neue, „geheime“ Memorandum des Innenministeriums, welches die Festnahme und Abschiebung so vieler Migranten ohne legalen Status wie möglich fordert.

Zuvor hatte eine katalanische Gemeinde entschieden, einen Beschluss umzusetzen, nach dem die Aufnahme von Einwanderern ohne legalen Status ins Register abgelehnt wird. Dies beraubt die Migranten der Möglichkeit, ihre Kinder in der Schule anzumelden, medizinische und soziale Dienste in Anspruch zu nehmen sowie ihren Status in Spanien für den Fall zu regularisieren, dass sie einen Arbeitsvertrag bekommen. Und nun zeigen die spanischen Sicherheitsbehörden den illegalen Migranten mit dem anfangs erwähnten, durchgesickerten Memorandum erneut die Zähne, um die größtmögliche Anzahl illegaler Einwanderer abzuschieben.

Das interne Memorandum sei „beschränkt auf Einwanderungs- und Grenzeinheiten der spanischen Polizei“. Das Papier trägt das Datum des 25. Januar diesen Jahres und wurde von der spanischen Generalverwaltung der Polizei und der Guardia Civil herausgegeben. Es befiehlt, dass jeder Einwanderer, der an einem Checkpoint nicht beweisen kann, dass er über eine Aufenthaltsgenehmigung für Spanien verfügt, festzunehmen sei. Von Polizisten fordert es, die Maßnahmen zur Abschiebung so stark wie möglich zu beschleunigen. Außerdem verlangt das „geheime“ Memorandum, „bei möglichst vielen Einwanderern die Identität festzustellen“ und die Maßnahmen zur Abschiebung derjenigen zu beschleunigen, die keinen gesetzlichen Status innehaben. Schließlich wird in dem Papier damit gedroht, Polizisten zu bestrafen, die sich weigern, den Anweisungen Folge zu leisten.

Paradoxerweise kam die erste Reaktion, die die Herausgabe des internen Memorandums heftig kritisierte, ausgerechnet von Seiten der Spanischen Polizeiorganisation. Diese erklärte, sie wolle vor Gericht zu ziehen, um den Runderlass Nr. 1/2010 der Generalverwaltung für Einwanderung und Grenzangelegenheiten anzufechten. Denn er behandle die Migranten so, „als wären sie Kriminelle“.

Die Vereinigte Polizeigewerkschaft betonte, das eigentliche Ziel des Memorandums sei, die Polizisten dazu zu nötigen, eine ganz bestimmte Anzahl von Verhaftungen bei Einwanderern durchzuführen, und forderte, den Erlass zurückzunehmen.

Die Gewerkschaft rief die Angehörigen der Polizei auf, einen Erlass nicht umzusetzen, „welcher die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger, die genauso auch für Einwanderer gelten, missachtet“.

Als zweite verurteilte die Organisation der spanischen Anwälte den neuerlichen „Angriff“ des Innenministeriums auf die illegalen Einwanderer. So hieß es seitens des Allgemeinen Rates der spanischen Anwaltschaft, die Polizei nehme eine Interpretation des neuen, im Dezember verabschiedeten Einwanderungsgesetzes vor, ohne dazu autorisiert zu sein“. Außerdem sei die Interpretation der gegenwärtig angewandten spanischen Migrationsgesetze durch die Polizei „ganz und gar unpassend“.

Die den Erlass heftig kritisierende Vereinigte Polizeigewerkschaft unterstrich, „der Wortlaut des Papiers ermutigt zu polizeilichen Praktiken, welche die zivilen Rechte der Bürger verletzen und eine Gefahr darstellen für die rechtliche Position der Polizeibeamten. All dies geschieht in einem Kon-

text der Heuchelei durch eine Regierung, deren politische Rhetorik im Widerspruch steht zu dem, was sie den Polizeibeamten befiehlt“.

Gruppen, die sich für die Rechte von Migranten einsetzen, reihten sich ebenfalls ein in die Front der Kritiker des neuen Memorandums des spanischen Innenministeriums zur Festnahme und Abschiebung möglichst vieler illegaler Einwanderer. So erklärte die Spanische Gruppe zur Unterstützung von Flüchtlingen, dass sie die „Manie“ in Spanien verurteile, „eine möglichst große Zahl illegaler Einwanderer auszuweisen“.

Die Organisation wies darauf hin, dass der Erlass nicht nur die Rechte der Migranten verletze, sondern auch „den Hass auf Ausländer anheizt und Migranten mit Kriminalität in Verbindung bringt“. Die Gruppe warnte davor, wie gefährlich solche Haltungen seien, insbesondere „unter den Umständen der Wirtschaftskrise“.

Das spanische Innenministerium versuchte indes, seinen Standpunkt zu rechtfertigen, indem es sich bemühte, „juristische und technische Erläuterungen“ zu dem Memorandum vorzulegen, welches von der Generalverwaltung der Polizei und der Guardia Civil ausgegeben wurde. Aus dem Ministerium hieß es, der Erlass sei „rechtmäßig“.

Die Forderung an die Polizei, die Maßnahmen gegen die illegalen Einwanderer so schnell wie möglich durchzuführen, habe den Zweck, „über ein Mehr an Sicherheiten zu verfügen“. Inwiefern? „Weil ganz einfach die notwendigen Maßnahmen (die Abschiebung) schnellstmöglich durchgeführt werden müssen, bevor die gesetzlich festgelegte Zeitspanne von 72 Stunden nach der Festnahme und Verbringung des Einwanderers auf das Polizeikommissariat abgelaufen ist“.

Laut einheimischen Medien hieß aus dem Innenministerium, das Memorandum wende das jüngst verabschiedete neue Einwanderungsgesetz „millimetergenau“ an, ebenso wie das seit 1992 geltende Gesetz zum Schutz der Sicherheit der Bürger. Dieses gestattet der Polizei, jede Person – ganz gleich ob Spanier oder Ausländer – aufs Polizeirevier zu bringen, die nicht in der Lage ist, ihre Identität bzw. ihren legalen Status in Spanien nachzuweisen.

Aus den offiziellen spanischen Quellen verlautete, „der Erlass wird nicht zurückgezogen oder abgeändert, denn dazu besteht kein Grund“.

Es ist nicht das erste Mal, dass Einwanderer ohne legalen Status zentraler Gegenstand von Erlassen der spanischen Polizei sind.

Anfang 2009 gab die Nationale Spanische Polizei ein internes Memorandum heraus, das die Polizisten anwies, vermehrt Einwanderer ohne legalen Aufenthaltsstatus festzunehmen. Dabei sollten sie den Marokkanern „Priorität“ einräumen, weil deren Abschiebung „billiger“ sei.

*Übersetzung aus dem Arabischen durch das Antirassismus-Projekt im AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg*